

Informationen zum Datenschutz

nach Artikel 13 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

Name und Kontakt des Verantwortlichen

Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Soziales und Versorgung

Leistungen nach dem SGB XII, insbesondere Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Blindenhilfe und Leistungen für Kriegs- und Gewaltopfer sowie Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX.

Badstraße 20, 77652 Offenburg

Tel: 0781 805-0, E-Mail: sozialamt@ortenaukreis.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ortenaukreis, Datenschutzbeauftragter

Badstraße 20, 77652 Offenburg

Tel: 0781/805-0, E-Mail: datenschutz@ortenaukreis.de

Pflicht zur Angabe der Daten

Ihre Angaben sind freiwillig. Sie sind jedoch nach § 60 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) zur Mitwirkung verpflichtet, das heißt, Sie müssen die zur Bearbeitung des Antrages erforderlichen Angaben machen und Ihre Einwilligung zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte geben.

Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben,

- kann die Bedürftigkeit nicht festgestellt werden bzw.
- kann der evtl. Leistungsanspruch nicht geltend gemacht werden.
- können Ihre Daten bei Dritten (Sozialversicherungen, etc.) erfragt werden.
- kann ggf. Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden bei uns verarbeitet, um über Ihre Anträge auf Leistungen nach den Bestimmungen des SGB XII bzw. SGB IX zu entscheiden, sowie bei positiver Entscheidung Leistungen zu erbringen.

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1c EU-DSGVO i. V. m. §§ 67 ff SGB X verarbeitet.

Darüber hinaus ist gemäß Art. 6 Abs. 1a EU-DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

Datenerhebung bei anderen Stellen

Sofern wir Ihre Daten nicht von Ihnen selbst erhalten haben, erheben wir Ihre Daten nur im Einzelfall, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, bei folgenden Stellen: öffentliche oder nichtöffentliche Stellen oder Personen z.B. Sozialleistungsträger. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z.B. Internet, Melderegister, Grundbuchämter.

Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden: z.B.

Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung, Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum/-höhe, Bedarfe der Unterkunft und Heizung, Daten der Unterhaltsansprüche/ Regressansprüche, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden bei uns so lange gespeichert, wie dies zur Erbringung der Leistungen nach dem SGB XII notwendig ist. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach den Empfehlungen der kommunalen Landesverbände zu den „Aufbewahrungsfristen für Sozialleistungen“. Demnach sind wir verpflichtet, entsprechende Nachweise zehn Jahre nach Ende der Leistungserbringung aufzubewahren.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben u.a. an:

andere Sozialleistungsträger, Deutsche Rentenversicherung (§ 118 SGB XII), Finanzamt, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz), Gerichte, andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesrechnungshof, Vermieter (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Energieversorger (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Suchtberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Betreuung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Schulen (nur mit Einwilligung des Betroffenen).

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Personen gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 EU-DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 EU-DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 EU-DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz, Königstrasse 10 a, 70173 Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Tel.: 0711/615541-0, FAX: 0711/615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de.